

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Gisela Sengl

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Johann Häusler

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Gerd Mannes

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 a** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes

hier: Mittagsverpflegung an Schulen: kostenlos, nachhaltig und gesund

(Drs. 18/24993)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit gibt es 11 Minuten Redezeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Als Erster erteile ich Frau Kollegin Gisela Sengl das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tische werden abgewischt, Teller aufgedeckt, das Besteck muss richtig danebengelegt werden, und Mensch, die Servietten dürfen wir nicht vergessen. In der Küche schneiden Buben Zwiebeln und Kohlrabi, ein Mädchen rührt den Schlagrahm mit Salz und Pfeffer zu einer Soße an. Alle haben eine Schürze umgebunden und sind so eifrig bei der Sache, dass sie unseren Besuch zunächst gar nicht bemerken. Ja, diese Termine an Schulen, bei denen zusammen gekocht und zusammen gut und gesund gegessen wird, sind meine schönsten Termine als Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaft.

Gesundes Schulessen ist für mich einfach eine Herzensangelegenheit. Hier können wir ansetzen, um die Wertschätzung für Lebensmittel hautnah erlebbar zu machen. Hier sind wir uns mit den Landfrauen und allen Kreisbäuerinnen in ganz Bayern einig. Eine vielfältige Lebensmittelauswahl in der Schulmensa sorgt dafür, dass die Schülerinnen und Schüler und auch die Lehrerinnen und Lehrer viele verschiedene Geschmacksrichtungen und Zubereitungsarten der Saison und der Regionen kennenlernen. Aber hier haben wir in Bayern noch einen weiten Weg vor uns; denn wir haben

für jedes Gerät eine Norm, für unser Schulessen haben wir nicht einmal einen Mindeststandard.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andere Länder sind hier deutlich weiter. In Schweden wird nicht nur auf den Qualitätsstandard geachtet, sondern dort ist das Schulessen seit den Siebzigerjahren kostenlos. Studien aus Norwegen und Schweden zeigen: Geht der kostenfreie Zugang der Kinder zum Mittagessen gleichzeitig mit einem qualitativ hochwertigen Essensangebot einher, profitieren davon ganz besonders die Kinder aus einkommensschwachen Haushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass der Staat die Verpflegungskosten für die Mittagsverpflegung übernimmt, ist auch laut dem Wissenschaftlichen Beirat der einzige Hebel zur wirklichen Verbesserung der Schulverpflegung. Angesichts der steigenden Zahlen von ernährungsbedingten Krankheiten wie Adipositas und Diabetes Typ 2, deren Kosten ja am Ende wir als Gesellschaft insgesamt tragen müssen, erscheint es umso wichtiger, dass wir an den Schulen gutes und qualitativ hochwertiges Essen anbieten. Das ist gerade für benachteiligte Kinder enorm wichtig. In der Corona-Zeit hat die Zahl dieser ernährungsbedingten Krankheiten übrigens drastisch zugenommen. Deshalb ist es umso wichtiger, den Fokus darauf zu legen, dass wir den Kindern ein gesundes Essen ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Geld, das wir in gesundes Schulessen investieren, ist für die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft sehr gut angelegt. Mit unserem Gesetzentwurf verfolgen wir drei Ziele:

Erstens. Wir sorgen für einen zeitgemäßen Qualitätsstandard. Mit dem Betrag von 6,59 Euro wird jedes Essen bezuschusst, wenn es zu 100 % biozertifiziert ist. Ja, wir

legen damit die Latte etwas hoch. Aber Lebensmittel aus regionaler und ökologischer Erzeugung sind gut für uns Menschen und gut für die Umwelt vor Ort. Diesen Preis hat übrigens die Deutsche Gesellschaft für Ernährung in einer sehr breit angelegten Studie herausgefunden.

Zweitens. Wir sorgen für soziale Gerechtigkeit. Für jedes Grundschulkind in ganz Bayern in Ganztagsbetreuung übernimmt der Staat die Kosten für das Mittagessen. Damit entlasten wir Familien enorm, und zwar zielgerichtet. Gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit, in der die Familien jeden Euro zweimal umdrehen müssen, ist das eine echte Hilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das dritte Ziel: Wir sorgen für einen gesicherten Absatz. Das sichert unseren bayerischen Biobetrieben und potenziellen Umstellern die Nachfrage und bringt uns dem Staatsziel von 30 % Bioanbau bis 2030 einen Riesenschritt näher. Das haben wir übrigens alle zusammen hier beschlossen. Ökologischer Landbau schützt unser Wasser, erhält die Fruchtbarkeit unserer Böden und schützt unsere heimische Tier- und Pflanzenwelt. Wenn Kinder in der Schule wieder lernen, Lebensmittel auszuprobieren, Geschmack zu entwickeln und die Zusammenhänge zwischen Umwelt, Klima und Essen zu erkennen, hilft das der gesamten Landwirtschaft in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer mehr Kinder verbringen einen ziemlich großen Teil ihrer Zeit in schulischen Einrichtungen. Mit dem kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung werden es immer mehr werden. Dadurch erhält das gesunde Mittagessen einen noch viel höheren Stellenwert. Deshalb sieht unser Gesetzentwurf diesen Zuschuss von bis zu 6,59 Euro täglich pro Mittagessen vor. Alle bayerischen Grundschulen, die ein Mittagessen für ihre Schülerinnen und Schüler anbieten, können damit nach festgelegten Qualitätskriterien zubereitete Mahlzeiten anbieten, zu 100 % biologisch, regional, saisonal und abwechslungsreich. Oder anders gesagt: nachhaltig, gesund und kostenlos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem Gesetzentwurf würde der Staat die Verantwortung für die Gesundheit und die Entwicklung unserer Kinder übernehmen. Ich denke, es ist wirklich Zeit, dass wir uns dieser Verantwortung stellen. Wir haben heute schon sehr viel vom "Macherland Bayern" gehört. Die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und eine friedliche demokratische Gesellschaft ist aber eine bestmögliche Bildung und Ausbildung in jedem Bereich. Da gehört der Bereich Ernährung auf alle Fälle dazu. Gut und gesund essen macht zufrieden und glücklich; und das vergönnen wir unseren Kindern. – Danke für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer für die CSU-Fraktion.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach gut viereinhalb Jahren kommt von der Fraktion der GRÜNEN ein Gesetzentwurf, wie er im Frühjahr 2018 nahezu identisch schon einmal eingebracht wurde. Allerdings wollten Sie damals noch alle Schüler, nicht nur die Grundschüler, versorgt wissen. Zeitgleich mit einer bundesweit laufenden Petition für kostenloses Mittagessen des Deutschen Netzwerks für Schulverpflegung, die sich an den Bund wendet, denken sich die GRÜNEN als Mitglied der Ampelkoalition: Ne, wir im Bund nicht. Das sollen mal schön die Länder machen.

Kostenlos, nachhaltig und gesund soll also künftig die Mittagsverpflegung in der Grundschule sein, eine Forderung, die sich natürlich erst einmal super anhört. Wer freut sich nicht, wenn etwas kostenlos wird, weil der Staat die Finanzierung übernimmt? – Mit einem Gesetzentwurf, der diese Neuerung bringt, will die Fraktion der GRÜNEN eine Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes erreichen. Der Freistaat soll also künftig die komplette Finanzierung der Mittagsverpflegung im Ganztag für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 überneh-

men. Dies soll im Übrigen unabhängig vom Einkommen der Eltern und der Finanzkraft der jeweiligen Kommunen, also der Sachaufwandsträger, erfolgen. Laut Ihrem Gesetzentwurf soll der Freistaat diese Kosten von fast 7 Euro, also 6,59 Euro, pro Mittagessen übernehmen. Doch nicht nur das: Außerdem fordern Sie einen verbindlichen hundertprozentigen Biostandard.

Apropos 100 % Biostandard: Mit dieser Forderung allein suggerieren Sie wie schon so oft, dass Nahrungsmittel aus konventioneller Erzeugung minderwertig und Produkte zweiter Klasse seien. Ist das in Ordnung? – Bayern setzt auf beides, sowohl auf konventionelle Erzeugung als auch auf Bio. Unser Hauptaugenmerk sollte dabei immer auf den Begriffen "regional" und "saisonal" liegen. Wir wollen keine Ökokartoffeln aus Ägypten oder zu Weihnachten Erdbeeren, die von weit her kommen, auf den Speiseplänen unserer Schulen haben. Wir wollen keinen Veggie-Zwang, keinen Fleisch-Zwang, aber auch kein Fleisch-Verbot. Letzteres hat die Stadt Freiburg mit immerhin 13 Stadträten der GRÜNEN kürzlich für das neue Schuljahr beschlossen: kein Fleisch und Fisch mehr an Freiburgs Schulen. Wir setzen hier eher auf unsere Erziehungsziele, nämlich auf die Erziehung zur Mündigkeit und auf eine ganzheitliche Betrachtung der Herausforderungen, die vor uns liegen.

Welche Aufgaben sollen künftig unsere Kommunen erledigen? – Sie dürfen organisieren, und sie sollen auf die Qualitätssicherung achten. Da wird in den Rathäusern sicher Freude aufkommen.

Sehr geehrte Antragstellerinnen und Antragsteller, im Übrigen sollte Ihnen bekannt sein, dass es seit Jahren eine bewährte Möglichkeit gibt, Kindern aus einkommensschwachen Familien für das Gemeinschaftssessen an der Schule eine sehr gute Unterstützung zukommen zu lassen. Im Rahmen des SGB II werden im Zuge des Bildungs- und Teilhabepakets die Kosten vollends übernommen. Der Eigenanteil von einem Euro wurde im Übrigen noch von der alten Bundesregierung abgeschafft. Das Mittagessen wird also voll übernommen. Wenn man hier nach dem Gießkannenprinzip agiert, stellt

sich die Frage, ob das Mittagessen für Kinder von Abgeordneten, von Eltern aus dem gut situierten Mittelstand wirklich kostenlos sein sollte.

Sie gehen in Ihrem Gesetzentwurf bei der Einschätzung des Kostenvolumens von circa 141 Millionen Euro aus. Dies wird bei Weitem nicht ausreichen. Wir gehen davon aus und können uns darauf einstellen, dass wir nach der Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztags in der Grundschule an den Schulen eine circa 80-prozentige Belegung haben werden, die wir auch erreichen werden. Dann kommt es natürlich noch mal weitaus teurer.

Der Freistaat ist familienfreundlicher als jedes andere Bundesland. Wir gewähren sowohl monetär als auch durch Angebotsbereitstellung vielfältige Leistungen. Wir müssen da schon unsere Grenzen kennen.

Dass wir im Haushalt noch mal eine so große Geldmenge – sagen wir: knapp 200 Millionen Euro – aktivieren müssen, um das Mittagessen pauschal für alle Grundschulkin- der völlig unabhängig vom Elterneinkommen bereitzustellen, erscheint uns nicht angemessen. Wir setzen bei der Konzeption ihrer Speisenangebote auf die Souveränität der Träger und der Schulfamilien. Das klappt ja gut. Wir sind ja auch sehr häufig an Schulen.

Kollegin Sengl, was Sie jetzt gerade dargestellt haben, war eher Hauswirtschaftsunterricht und nicht der Alltag. Es wäre vonseiten der Lehrerschaft wahrscheinlich große Kritik zu erwarten, wenn wir die Speisen von den Kindern täglich – noch dazu an den Grundschulen – selbst zubereiten lassen würden. Ich kann da als ehemalige Hauswirtschaftslehrerin bloß sagen: realitätsfern.

Wir haben in Bayern bereits vor 13 Jahren die Vernetzungsstelle Kita- und Schulpflegung eingeführt. Sie hat sich sehr bewährt. Es ist ein großes Netzwerk entstanden. Viele Fortbildungsangebote werden gemacht. Ein großes Lob an die – es sind da überwiegend Damen – Ämter für Ernährung und Landwirtschaft, die diese Fortbildun-

gen halten. Es ist bemerkenswert, dass hier gerade während der Pandemie sehr gute digitale Angebote entstanden sind.

Wir haben die Bayerischen Leitlinien Schulverpflegung. Es ist also nicht so, dass das bayerische Mittagessen als ungesund zu gelten hat, sondern wir haben diese Leitlinien, die sich an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientieren. Wir haben hier eine hochwertige, regional geprägte, nachhaltige, wirtschaftliche, wohlschmeckende und sehr wohl auf die Bedürfnisse der Kinder abgestimmte Verpflegung.

Ich möchte noch erwähnen, dass wir seit vielen Jahren auch am EU-Schulprogramm teilnehmen. 600.000 Kinder in Bayern in 7.000 Kitas und Grundschulen nehmen es sehr gerne wahr, dass sie eine Obstportion bzw. Milchprodukte erhalten. Besonders lobenswert: Der Freistaat gibt dafür 5 Millionen Euro eigenes Geld aus, 5 Millionen Euro erhalten wir an EU-Geldern.

Frau Sengl, es ist auch hier nicht so, dass da nicht auf Qualität geachtet würde. Hier sind 550 zugelassene Lieferanten ausgewählt, die Qualität anbieten. Wir wollen damit natürlich auch unsere Wertschätzung unterstreichen, im Übrigen auch bezüglich der Einführung der "Schule fürs Leben". Diese gibt es in anderen Bundesländern auch nicht. Das ist eine gute Sache, die sich auf der Basis der Alltagskompetenz entwickelt hat. Federführend kam der Anstoß hier von den Landfrauen. Dieses Anliegen war uns sehr wichtig. Auch hier gibt es – beispielsweise im diesjährigen Haushalt – über 5 Millionen Euro. Auch hier kommt die Wertschätzung für Lebensmittel und deren Verarbeitung zum Tragen.

Ich möchte nur ganz kurz erwähnen: Das Bundesland Berlin ist aktuell das einzige Bundesland, das ein kostenloses Schulessen anbietet. Wenn man mal googelt, findet man Schlagzeilen, dass ein Viertel der Essensportionen in der Tonne landet. Es ist halt so: Was nichts kostet, erfreut sich nicht immer der Verpflichtung, dass man auch zum Essen hingeht. Es gibt natürlich nicht nur von der Opposition in Berlin, sondern

auch von den Steuerzahlern große Kritik; denn Steuern gibt's in Berlin nicht wie bei uns in Bayern zuhauf.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Die zahlen ja wir!)

– Genau, wir zahlen sie über den Länderfinanzausgleich.

Zum Schluss zurück nach Bayern: Im Übrigen würde auch für Ungerechtigkeit sorgen, wenn wir den Kindern im schulischen Ganztags ein kostenloses Mittagessen servierten, die Hortkinder in den Kitas es aber nicht bekämen. Das muss man auch noch dazu-rechnen. Wir wollen unser Ganztagsangebot weiterhin über die Horte organisiert wissen. Wir haben dort eine gute Qualität, und unsere Träger übernehmen das gerne. Von daher ist das der letzte Grund, den ich Ihnen noch nennen konnte, dass wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Danke, Frau Abgeordnete Brendel-Fischer. Es gibt keine Zwischenbemerkung. Ich bedanke mich bei Ihnen. – Ich darf den nächsten Abgeordneten aufrufen. Es ist Herr Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! De gustibus non est disputandum – über Geschmack soll keine Diskussion geführt werden; über gesunde Ernährung dafür umso mehr!

Immer mehr Grundschüler verbringen inzwischen auch die Nachmittage in der Schule. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz wird deren Zahl sicher noch weiter steigen. Diese Möglichkeit der Ganztagsbetreuung ist prinzipiell zu begrüßen, da sie den Eltern die Wahl lässt und einen früheren vollen Wiedereinstieg insbesondere der Mütter ins Berufsleben ermöglicht. Möglicherweise schwindet auch das schlechte Ge-

wissen der Eltern, wenn sie wissen, dass ihre Kinder ein gesundes Mittagessen erhalten. Wenn es auch noch kostenlos ist, so erfreut es den Geldbeutel, der bei Familien mit Kindern gerade in der jetzigen Zeit häufig nicht allzu gut gefüllt ist.

Ja, auf den ersten Blick ein toller Gesetzentwurf der GRÜNEN, aber eben nur auf den ersten Blick! Zwar ist es sicher sinnvoll, den Grundschulern eine gesundheitsfördernde Ernährung beizubringen, aber die Alarmglocken schrillen, wenn es bei der Verbotspar-
tei DIE GRÜNEN heißt: Mittagessen in der Schule muss als Bildungs- und Erzie-
hungsauftrag verstanden werden.

Was das bedeutet, ist nicht schwer zu erraten: möglichst kein Fleisch und keine Wurst, wenn, dann nur bio, am besten vegetarisch oder gar vegan. Fleisch und Wurst werden in einen Topf mit Dickmachern wie Süßigkeiten und Limonade geschmissen. Das ist ideologische Ernährungspolitik.

(Beifall bei der AfD)

Immer mehr Schulen verzichten beim Essensangebot auf Fleisch, auf Schweinefleisch sowieso, denn wir sollen ja auf kulturelle Eigenheiten von Menschen, die noch nicht lange hier leben, Rücksicht nehmen. Fleisch und tierisches Eiweiß sind aber – so eine Ernährungsstudie – für die kindliche Entwicklung wichtig.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ohne solche Lebensmittel bleiben Kinder demnach kleiner, schwächer und weniger in-
telligent – und somit anfälliger, als Erwachsene grün zu wählen.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Letzteres ist allerdings nicht Ergebnis der Ernährungsstudie, sondern eine These von mir.

Durchaus sinnvoll wäre es – wie vorgeschlagen –, die Schüler bei der Essensauswahl zu beteiligen und bei der Zubereitung einzubeziehen. Das wird allerdings häufig an der eingeschränkten Küchenausstattung scheitern.

Der Knackpunkt des Gesetzentwurfs ist allerdings, dass der Freistaat die Kosten von täglich bis zu 6,59 Euro nur übernehmen soll, "wenn sich eine Schule dazu entscheidet, dass das Mittagessen den DGE-Qualitätsstandards entsprechen soll sowie zu 100 % aus Waren nach der EU-Öko-Verordnung besteht". Offen wird bekannt, dass der ökologischen Landwirtschaft im schulischen Segment ein gesicherter Absatzmarkt geschaffen werden soll.

Es geht also nicht vorrangig – oder zumindest nicht allein – um gesunde Ernährung der Kinder, sondern um Klientelpolitik für die Ökobauern. Dies wäre somit ein weiterer Hebel zur Zwangsökologisierung unserer Landwirtschaft. Die konventionelle Landwirtschaft wird zur Landwirtschaft zweiter Klasse degradiert.

15 Stellen sollen für die Qualitätskontrolle neu geschaffen werden – schon wieder Klientelpolitik! Dies wäre eine völlig unnötige Maßnahme; denn wenn die Qualität nicht stimmt, dann werden die Kinder mit den Füßen abstimmen, und der Anbieter bleibt auf seinem Essen sitzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Atzinger. – Ich darf damit den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Johann Häusler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Herr Abgeordneter Häusler, Sie haben das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes konzentriert sich im

Grunde auf ein einziges Argument. Das einzige Argument heißt eben, hier grüne Ideologie durchzusetzen. Das ist eigentlich das Wesentliche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns alle in der Bewertung einig, dass wir unseren Kindern gesunde, regional erzeugte und vor allen Dingen qualitativ hervorragende Lebensmittel in der Schule, aber auch zu Hause anbieten wollen. Niemand hat hier eine andere Intention, als unseren Kindern gesunde Nahrungsmittel und ein vielfältiges Angebot zur Verfügung zu stellen.

Aber der uns hier vorliegende Gesetzentwurf hat eine ganz klare Intention und trägt absolut die grüne DNA. Das heißt also, zunächst einmal Bestehendes schlechtzureden und dann ein ideologisch fundiertes Meinungsmonopol aufzubauen und zu begründen. Hierzu gibt es drei Attribute: Verboten, vorschreiben und sagen, wer was wann machen darf und wer wann was produzieren darf. Hier komme ich auf unsere Landwirte zu sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Gesetzentwurf sagt dem Einzelnen – in diesem Fall dem Grundschüler –, was er essen darf und was nicht, wie die Kommune die Schule versorgen soll, welche Mittel und Möglichkeiten welcher Organisation zur Verfügung stehen und was der Landwirt noch anbauen darf und warum. Das ist doch meines Erachtens bei Weitem nicht mehr die Intention einer gesunden Ernährung, sondern das ist pure Ideologie, die wir so nicht akzeptieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird unterstellt, dass unsere Schüler derzeit – so steht es auf der ersten Seite – schlechtes Essen bekommen. Dagegen verwahre ich mich grundsätzlich. Unsere Schüler bekommen kein schlechtes Essen. Sie bekommen anständiges Essen. Die Betrachtungsweise ist vielleicht nur etwas differenzierter, aber es ist bodenlos, zu unterstellen, dass sie schlechtes Essen bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, es schlägt dem Fass den Boden aus, dann noch zu unterstellen, dass Schüler sozial-ökonomisch schwächerer Herkunft schlechtes Essen bekommen, während gut situierte Kinder gutes Essen bekommen. Alle Schulen, die ich kenne, versorgen alle Kinder mit den gleichen Lebensmitteln. Es wird dabei nicht differenziert, woher das Kind kommt, sondern es gibt das Schulessen, das entsprechend mit den Trägern und meistens zusammen mit dem Elternbeirat usw. abgestimmt ist.

Wir müssen doch auch Fakten wahrnehmen. Es ist richtig, dass das Übergewicht seit 1985 zunimmt, wie es hier beschrieben ist. Aber das Übergewicht nimmt nicht nur bei Schülerinnen und Schülern zu, weil sie sich angeblich schlecht ernähren, sondern es nimmt auch allgemein dadurch zu, dass wir in den letzten Jahren durch Corona ein ganz anderes soziales Verhalten hatten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Bewegungsmangel. All das kann ich nicht durch Bio-Essen kompensieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe gestern den Schulleiter einer großen Schule gefragt, was er von diesem Gesetzentwurf hält. Er sagte: Lasst bitte die Finger von diesem Unsinn! Wir haben das organisiert und in einer starken Gemeinschaftsleistung auf den Weg gebracht, gutes und regionales Essen anzubieten. Unsere Kinder kennen auch die Betriebe, in denen das produziert wird. Sie kennen die Ställe, die Betriebe und die Gärtnerei. Sie sind nicht unbedingt bio, aber sie sind regional und haben ein Gesicht. Sie haben ein besseres Gesicht als beispielsweise aus Südamerika importierte Biosojabohnen; 92 % müssen importiert werden. Sie kommen nicht aus Österreich, sondern größtenteils aus Südamerika.

Vorhin ist es schon gesagt worden: Jede dritte Kartoffel im Biobereich kommt aus dem Import, zum Beispiel eben aus Ägypten; das wurde vorhin dargestellt. Im Biobereich kommen 88 % aus dem Import. Ein Drittel jeden Biogemüses, das bei uns auf den Tisch kommt, ist importiert. Bei Fleisch haben wir noch eine Eigenproduktion von 3 %.

Wenn man Fleisch verbietet, funktioniert es. Aber wenn man Eiweiß auch noch durch Fleisch zusetzen möchte – diese Wahlfreiheit sollten unsere Schülerinnen und Schüler und unsere Eltern haben –, dann muss das eben so sein. Das ist anders gar nicht machbar. Da ist mir der ökologische Fußabdruck tatsächlich tausendmal lieber, wenn die Produkte aus der Nachbarschaft als von anderen Kontinenten kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): So ist es! Regional statt bio!)

Es wird suggeriert, das koste gar nicht so viel, das seien nur 141 Millionen Euro pro Jahr. Aber die GRÜNEN sind schlauer geworden. Beim letzten Mal, 2018, haben Sie von allen Schulen gesprochen. Nimmt man alle Schulen, dann sind das rund 1,7 Millionen Schüler; die Horte sind aber noch nicht dazugerechnet. Das sind circa 141.000, und es kostet 141 Millionen Euro. Wenn man alle zusammennimmt, dann ist man im Milliardenbereich. Man sollte die Wahrheit darstellen, dass wir hier in einen ganz anderen Bereich kommen.

Aber die GRÜNEN haben gelernt und sagen: Jetzt machen wir die Grundschulen, dann kommen die Horte, dann kommen die Mittelschulen usw., eines nach dem anderen, und dann haben wir immer wieder einen Aufschlag. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist unseriös, weil ein Drittel der Schulverpflegung auch in den Horten stattfindet und diese im Gesetzentwurf überhaupt nicht dargestellt und erwähnt sind. Das ist Heuchelei! Das ist meines Erachtens unseriös.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Häusler. – Ich komme damit zur nächsten Rednerin: die Abgeordnete Frau Dr. Simone Strohmayer von der SPD-Fraktion. Frau Kollegin, bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zum 17.05.2018 gefordert, dass im Rahmen des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ein Konzept erstellt werden soll, wie an den Grundschulen in Bayern ein qualitativ hochwertiges Mittagessen kostenfrei angeboten werden kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 2026 kommt der Rechtsanspruch. Es wäre also höchste Zeit, uns endlich darüber Gedanken zu machen, wie ein solches Konzept aussehen kann.

Zu einem guten Ganztagsplatz gehört auch ein gutes, qualitativ hochwertiges Mittagessen. Das sollte hier in diesem Parlament Konsens sein. Wer jeden Tag den ganzen Tag in der Schule ist, sollte mittags gut und gesund essen, damit er oder sie wieder lernen kann. Wichtig ist, dass das Mittagessen tatsächlich kostenfrei ist, damit alle Schülerinnen und Schüler an diesem Mittagessen teilnehmen können. Wir Sozialdemokraten wollen nicht, dass einzelne Kinder bloßgestellt werden. Wir wollen nicht, dass Kinder beschämt werden, weil sie vielleicht aus ärmeren Familien kommen. Das ist uns ganz wichtig.

Ich möchte noch darauf hinweisen: Ein gemeinsames Mittagessen hat einen hohen pädagogischen Wert. Gerade in einer Zeit, in der viele Familien nicht mehr die Zeit haben, gemeinsam zu Hause zu essen, und viele Kinder das vielleicht gar nicht mehr kennen, ist dieser Wert ganz besonders hoch. Wenn es bei diesem Essen noch ein gesundes und hochwertiges Essen gibt, dann haben die Schülerinnen und Schüler einen echten Mehrwert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme bayernweit in viele Schulen. Vor einigen Jahren war ich gemeinsam mit meiner Kollegin Ruth Müller in ganz Bayern unterwegs, und wir haben uns Schulküchen und Schulverpflegung angeschaut. Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Die Schulverpflegung hier in Bayern ist höchst unterschiedlich geregelt. In der einen Schule gibt es den Schulkiosk, der Currywurst und Pommes anbietet; in der anderen Schu-

le gibt es den Caterer, der gefrorenes Essen bringt, das dann vielleicht aufgewärmt wird; in der dritten Schule wird vielleicht noch gekocht.

Auch die Preise sind sehr unterschiedlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch der Umgang mit den Familien, die sich nicht ohne Weiteres die Teilnahme an einem solchen Essen leisten können, ist sehr unterschiedlich. An der einen Schule nimmt das Kind trotzdem am Essen teil, das dann von einem Förderverein bezahlt wird; an der anderen Schule wird das Kind vom Essen ausgeschlossen und den Eltern vielleicht geraten, entsprechende Anträge zu stellen, damit dieses Kind irgendwann wieder teilnehmen kann. Aber es kann eben erst einmal nicht teilnehmen. Das finden wir nicht richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dagegen müssen wir doch sein. Wir wollen, dass alle Kinder mitessen können und dass Beschämung und Ausgrenzung aufhören.

Folgendes ist mir noch wichtig zu erwähnen: Interessant ist der Redebeitrag unseres Kultusministers in der vergangenen Legislaturperiode. – Sie haben erklärt, die FREI-EN WÄHLER würden dem Antrag der SPD zustimmen, die darin beschriebenen Ziele, ein gutes und kostenfreies Mittagessen an allen Schulen bereitzustellen, seien sehr ehrenwert. Sie haben damals gesagt, bei der Schulverpflegung liege einiges im Argen. Lieber Herr Kultusminister, jetzt sind Sie Kultusminister; jetzt können Sie etwas ändern. Machen Sie es doch bitte! Das wäre wirklich wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, zum Schluss noch ein anderes wichtiges Thema: Wir wollen, dass nicht nur ein Mittagessen, sondern auch ein Frühstück angeboten wird. Circa 10 % unserer Kinder hier in Bayern bekommen kein Frühstück. Es wäre ein Leichtes, ihnen ein solches Frühstück anzubieten. Deswegen haben wir beantragt, dass im Rahmen des Entlastungspakets –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Beachten Sie Ihre Redezeit!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): – ein solches Frühstück zur Verfügung gestellt wird. Auch hier kann ich Sie nur bitten, unseren Anträgen zu folgen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Abgeordneter Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Liebe Simone, ich möchte dich nur ganz kurz daran erinnern: Ich hoffe, du hast dem Redebeitrag der Kollegin Gudrun Brendel-Fischer zugehört. Dann hätte sich bei dir das eine oder andere erübrigt. Sie hat sehr deutlich dargestellt, dass im Rahmen der SGB-II-Leistungen im Bereich des Bildungspakets selbstverständlich alle Kinder partizipieren können, und zwar ohne eigenen Beitrag. Du hast jetzt mehrfach betont, die Kinder würden ausgegrenzt und könnten es sich nicht leisten. Manchmal wäre es gut, sich das vorher anzuhören. Dann könnte man sich die falsche Wiedergabe sparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Dr. Strohmayr!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Lieber Hans, es ist schön, dass du mir jetzt ein bisschen zusätzliche Zeit ermöglichst. Das Thema liegt mir nämlich wirklich sehr am Herzen. Ich möchte einfach sagen: Es ist nicht so, wie du es dargestellt hast, dass in den Schulen überall ein gutes Essen angeboten wird und dass das gemeinsam mit dem Elternbeirat entschieden wird. Vielleicht ist es an dieser Schule so gewesen, wo du warst. Das möchte ich gar nicht in Abrede stellen. Aber fahr mal in Bayern rum und schau dir das an! Das ist sehr unterschiedlich geregelt.

Ich nenne dir ein Beispiel: An vielen Schulen muss das Essen von den Eltern monatlich vorausbezahlt werden.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das gilt bayernweit!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Kontostand der Eltern nicht ausreicht, um dieses Essen zu zahlen, dann gibt es tatsächlich Schulen, an denen die Kinder nicht mitessen können. Genau das wollen wir nicht. Natürlich kann es dann sein, dass sich irgendjemand in der Schule Zeit für das Kind nimmt und gemeinsam mit den Eltern den Antrag stellt. Aber Sie wissen auch: So ein Antrag braucht Zeit, braucht Kapazität, braucht Beratung usw., und es ist halt beschämend für dieses Kind, wenn es erst mal nicht mitessen kann. Deswegen sagen wir, im Übrigen wie Sie –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Zeit!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): – in der letzten Legislaturperiode auch noch, Herr Häusler, dass das Essen an Bayerns Schulen kostenfrei sein sollte.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Strohmayr. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Er kommt von der FDP-Fraktion und heißt Matthias Fischbach. Herr Abgeordneter Fischbach, bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich den Gesetzentwurf ansieht, könnte man sagen, dass dieses Anliegen grundsätzlich nachvollziehbar ist.

Dass man jetzt schon vorausschauend Strukturen schafft, ist ja insbesondere mit Blick auf den Rechtsanspruch beim Thema Ganzttag nicht verkehrt. Auch im Sinne der Gesundheitsförderung von Kindern ist es eine sinnvolle Sache, für gesunde und ausgewogene Ernährung an Schulen zu sorgen. Dennoch muss man festhalten: Wir fangen nicht bei null an; da hat die Kollegin Brendel-Fischer schon recht.

Es gibt auch einige kritische Punkte in diesem Gesetzentwurf, zum Beispiel die Finanzierung: Wenn wir hier von 141 Millionen Euro sprechen – es ist vorgerechnet worden, was das bei dem Essenspreis von 6,59 Euro kosten würde –, müssen wir uns auch

über die Refinanzierung Gedanken machen. Auch darüber müssen wir im Ausschuss auf jeden Fall noch reden. Wir müssen auch über die Frage reden, wie wir zum Beispiel mit Horten umgehen, die, glaube ich, in der Berechnung nicht wirklich vorkommen, weil sie eben in einer anderen Zuständigkeit liegen. Welche Lösung gibt es hierfür? Das wäre die nächste Frage.

Zudem haben die Schulen, die Schüler und die Eltern gerade noch andere Themen, die sie umtreiben. Ich will die Themen Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Lernrückstände wegen Corona jetzt nicht weiter ausbreiten, aber wir müssen natürlich sehen, wo wir in der Finanzierung gerade jetzt die Prioritäten setzen und wie wir das geleistet bekommen.

Nicht zuletzt müssen wir über die Forderung nach 100 % Bioanteil diskutieren. Die ist nämlich nicht ohne. Ja, wir sind alle dafür: Gesunde Ernährung im Kindesalter ist wichtig, und deswegen muss es eine regional, saisonal und ökologisch ausgerichtete Ernährung geben, die auch gesund ist. Aber neben dem Zubereiten von Mahlzeiten, was den Kindern natürlich auch nähergebracht werden soll, ist die Frage, ob das zwingend bio sein muss.

Herr Kollege Häusler lacht. Ich glaube, das ist auch sein zentrales Thema. Als FDP ist es uns wichtig, immer darauf zu schauen, dass es in gewissem Maße eine Gleichbehandlung von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft gibt. Gesunde Ernährung ist etwas, was konventionelle Landwirtschaft auch erreichen kann, gerade auch durch den Einsatz von modernen Züchtungen, auch von neuen Technologien. Da ist vieles in Bewegung. Bio ist gut, aber konventionell genauso. Deswegen müssen wir uns schon fragen, ob das hier ein Programm werden soll, um gezielt die Biolandwirtschaft zusätzlich zu finanzieren und zu fördern, oder ob wir das nicht einfach breiter aufstellen sollten. Dahinter setze ich schon ein großes Fragezeichen.

Wie gesagt, insgesamt gibt es noch viel zu diskutieren, auch über die jährlichen Kosten hinaus, was genannt worden ist. Wenn wir über die Infrastruktur an Schulen spre-

chen, ist zu fragen: Gibt es denn überhaupt in ausreichendem Ausmaß Schulküchen, Kantinen und Mensen? Wer finanziert das dann den Sachaufwandsträgern? Wie wollen wir das machen? Wird das Essen vielleicht geliefert? Wie soll das sein, wenn Kinder in der Schule wirklich selbst kochen können sollen? Da ist also noch vieles offen und zu klären. Ich bin gespannt auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Fischbach. – Frau Abgeordnete Sengl hat sich nochmals gemeldet. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer irgendwie der gleiche Reflex. Ich sage nur "100 % bio", und dann kommt sofort: "Dann macht ihr alles andere schlecht!" – Das habe ich gar nicht gesagt, das sagt immer nur ihr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte euch jetzt ein für alle Mal erklären, warum die Kostenfreiheit hier so wichtig ist. Ich finde es auch interessant, dass ihr plötzlich entdeckt, dass das ein Gießkannenprinzip ist und jede Familie davon profitiert. Ja, um Gottes willen! – Aber das macht ihr ja dauernd. Vom Familiengeld profitiert jede Familie. Man weiß aber gar nicht, was die Familien mit ihrem Geld machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier wissen wir schon, was mit dem Geld passiert. Hier wird das Geld für gesundes und gutes Essen verwendet. Das ist nämlich der große Unterschied.

Die Schule ist insgesamt kostenfrei. Also sollte auch das Schulessen kostenfrei sein. Das ist unser demokratisches Prinzip, und das ist auch gut so.

Dann muss ich noch etwas zur Qualitätssicherung sagen. Ich weiß auch nicht, aber ich bin heute sehr erstaunt über manche Wortmeldungen. Irgendwie waren wir uns

sogar mit der FDP jetzt plötzlich nicht mehr einig. Haben wir alle miteinander beschlossen, dass wir bis 2030 30 % Bioanbau wollen, oder nicht? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie soll das passieren? – Wir stehen augenblicklich bei 12 % Bioanbau. Vom Himmel fällt er nicht runter, sondern die Biobauern brauchen einen gesicherten Absatzmarkt und eine gesicherte Nachfrage. Die ist in der Schulverpflegung zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Johann Häusler
(FREIE WÄHLER))

Dann muss ich noch sagen, was ich auch sehr nett gefunden habe: Kollegin Brendel-Fischer – sie wird schon noch da sein –, es gibt ja leider nur Hauswirtschaftlerinnen. Das ist tatsächlich so. Mein großes Ziel und ein großer Gewinn für alle Buben und Männer wäre, wenn es auch mehr Hauswirtschaftler geben würde.

Genau das ist ja unser Ansatz. Wir bringen das gesunde Mittagessen an die Schulen. Wir machen das zum Thema. Die Folge sollte natürlich sein: Mein Wunschtraum oder unser Wunschtraum wäre ein Schulgarten in jeder Schule, damit man auch weiß, wo die Sachen angebaut werden, und in jeder Schule eine Schulküche, damit man weiß, wie das verwertet und gekocht wird. Das lernen Buben und Mädels, also erziehen wir in unserer Grundschule die Menschen zu gleichberechtigten Partnern und versorgen sie vor allem auch mit Basiswissen. Ich glaube, das Wissen darüber, wo unser Essen herkommt und dass man kochen kann, ist wirklich ein Basiswissen in unserer Gesellschaft. Wir jammern alle sehr viel darüber, was unsere Kinder alles nicht mehr wissen und wie viele Lebensmittel weggeschmissen werden. Das ist ein Ergebnis davon, dass wir die Fächer Ernährung und Landwirtschaft in allen Schularten viel zu wenig haben, dass das kein Teil des Unterrichts ist. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf einfach der erste Schritt dahin, dass sich da hoffentlich massiv etwas verändert.

Dann muss ich noch etwas zu den Horten sagen: Es wäre vielleicht auch mal an der Zeit, dass man in das Sammelsurium in Bayern, was die Betreuung von Kindern betrifft – wir haben vier verschiedene Formen der Mittagsbetreuung: offenen Ganztag,

gebundenen Ganzttag, Mittagsbetreuung und Hort –, mal Einheitlichkeit reinbringt, damit sich die Menschen wieder auskennen. Das wäre eine große Aufgabe des Bildungsministers, dass man das einfach vernünftig macht und nicht auf so verschiedene Weise. Das habe ich schon damals ständig moniert, als ich noch im Bildungsausschuss war. Da ist seitdem überhaupt nichts passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Prof. Dr. Michael Piazolo)

Zum Ganzttag sagen mir alle Schulen: Was sollen wir tun? Wir sind null darauf vorbereitet.

Ich muss auch ganz klar sagen: Viele Schulen machen sich auf den Weg und bemühen sich sehr, ihre Schulverpflegung wirklich zu verbessern, aber es wird ihnen alles nur schwer gemacht. Es gibt leider Gottes Sachaufwandsträger, also Kommunen, die mit dem Thema wirklich überfordert sind, die das einfach nicht auch noch machen und sich gut darum kümmern können. Es gibt Schulen, an denen das einfach nicht möglich ist, und es gibt natürlich auch solche Fälle – ich mag Pizza, ich esse sehr gerne Pizza –,

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

dass eine Schule, die keine eigene Schulküche hat, niemanden findet, nur ein Restaurant, das jeden Tag Pizza liefert, weil es halt immer Pizza macht. Da braucht mir keiner zu erzählen, dass das gut und gesund für unsere Kinder ist.

Ich finde, wir sollten das nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern das Thema wesentlich ernster nehmen und uns wirklich darum bemühen, dass wir da Verbesserungen bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Frau Kollegin. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Frau Sengl, Sie haben jetzt eine kleine Lobbyrede für Biolebensmittel gehalten. Das kann man natürlich machen. Aber Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass die oft aus dem Ausland, von weit her, teilweise eingeflogen werden. Wäre es denn nicht besser, wenn wir hauptsächlich regionale Lebensmittel verwenden würden? Diese sind frisch und stammen von unseren eigenen Bauern. Das wäre doch viel besser.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Gisela Sengl (GRÜNE): Bio-regional ist natürlich das Beste. Regionalität hat leider kein Siegel. Das ist das große Thema, das wir rauf- und runterdiskutieren. Für Regionalität gibt es ein einziges staatliches Siegel: Das ist das Regionalfenster Deutschland. Alle in Deutschland hergestellten Waren gelten als regional. Ich wohne in der Nähe der Grenze. Wenn wir Lebensmittel aus Österreich kaufen, sind diese für uns hinsichtlich der Entfernung regionaler als Lebensmittel aus Würzburg. Regionalität ist also sehr schwierig zu definieren. Es gibt einfach nichts.

Deshalb müssen wir uns auf diejenigen Siegel verlegen, die wir haben. Das Biosiegel ist nach der EU-Öko-Verordnung nun einmal das einzige staatliche Siegel. Ich empfinde das als Hohn. Ich weiß nicht, wie ihr abgestimmt habt; wir anderen haben uns aber alle darauf verständigt, dass wir die Biolandwirtschaft voranbringen und unterstützen wollen. Dafür braucht sie auch einen Absatzmarkt. Wenn ihr einmal mit den Akteuren sprechen würdet, würden diese alle das Gleiche sagen. Die Außerhausverpflegung wäre ein gesicherter Absatzmarkt und würde der Biolandwirtschaft helfen. Ich will die Biolandwirtschaft natürlich unterstützen. Ich dachte immer, ihr alle wollt dies auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich bedanke mich bei Ihnen. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann ist die Aussprache hiermit geschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.